

## **Glaubwürdigkeit der Kritik**

von

Norman Paech

Unbestreitbar ist die Türkei ein wachsender Machtfaktor im Nahen Osten. Aber nicht nur dort. Seit Jahrzehnten Mitglied in der NATO, spielt die Türkei in den strategischen Planungen der USA und der europäischen Staaten eine immer größere Rolle. Ja, sogar aus den nordafrikanischen Staaten kommen Stimmen, die sich bei dem Aufbau neuer Gesellschaften die Türkei als Vorbild vorstellen können. Das Machtbewusstsein der Türkei wächst und die Regierung in Ankara hat keine Scheu, Jerusalem seine Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten Palästinas und Gaza vorzuwerfen und Paris an seine Kolonialverbrechen in Algerien zu erinnern: Völkermord.

Beim Thema Völkermord haben die Deutschen Erfahrung. Sie können nicht drum herumreden um den Völkermord an den Herrero, Nama und Damara Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts im damaligen Deutsch-Südwestafrika und den Völkermord an den Juden ein halbes Jahrhundert später. Es ist ein Element historischer Identität, auch den Absturz gesellschaftlicher Moralität und die Abgründe der eigenen Barbarei zu akzeptieren und sich zu ihrer Verantwortung gegenüber den Nachkommen der Opfer zu bekennen. Dies ist eine Erkenntnis, die sich in der türkischen Gesellschaft erst langsam durchzusetzen beginnt und noch lange nicht in der politischen Klasse der Regierung, des Parlaments und des Militärs angekommen ist. Doch sie wird der Geschichte nicht entkommen. Im Jahr 2015 jährt sich der Genozid an den Armeniern zum hundertsten Mal und die Welt wird sich dieses Datum nicht entgehen lassen, die Türkei an ihre Pflicht gegenüber den Armeniern zu erinnern.

Gleichgültig, aus welchen Gründen Frankreichs Präsident Nicholas Sarkozy den alten, schon von den Sozialisten einst entworfenen Plan wieder auf den Tisch gelegt hat, den Massenmord an den Armeniern von 1915 nicht nur offiziell als Völkermord zu bezeichnen, sondern auch noch seine Leugnung wie die Leugnung des Holocaust unter Strafe zu stellen. Es wäre nie zu diesem plakativen Schritt gekommen, hätten sich die türkischen Regierungen rationaler mit ihrem Erbe aus osmanischer Zeit auseinandergesetzt. Der Abzug des Botschafters und der Boykott französischer Firmen hilft der Regierung allerdings nicht. Sie verfestigen nur die Abwehr der Vergangenheit und die Konfrontation mit einer Welt, deren größter Teil die Deportationen und Massaker der Jahre 1915–1917 an der armenischen Minderheit in Anatolien als Völkermord versteht. Seit 1965 haben 22 Staaten den Mord offiziell als Genozid entsprechend der UN-Völkermordkonvention von 1948 anerkannt. In Deutschland debattierte der Deutsche Bundestag am 24. April 2005 über eine Entschließung, die die Türkei aufforderte, sich zu ihrer historischen Verantwortung für die Massaker an armenischen Christen im Osmanischen Reich zu bekennen. Man bedauerte „die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches, das angesichts der vielfältigen Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung von Armeniern nicht einmal versucht hat, die Gräueltaten zu stoppen,“ vermied aber den Begriff „Völkermord“ – aus politischen Gründen. Der Antrag wurde am 15. Juli 2005 ohne Gegenstimme verabschiedet.

Der Gegenangriff Erdogans mit dem Hinweis auf den Völkermord an den Algeriern entlastet die eigene Geschichte nicht. Mögen die Franzosen immer noch Lücken in der Aufarbeitung ihrer Kolonialgeschichte haben, ihre Versäumnisse rechtfertigen nicht die eigenen Defizite. Wenn der ehemalige deutsche Außenminister seine Kollegin, die Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul nach Namibia schickte mit der klaren Weisung, sich für den Völkermord zu entschuldigen, aber „keine entschädigungsrelevante Erklärung“ abzugeben, zeugt das nur

vom Krämergeist der deutschen Politik. Auch Deutschland kauft sich mit einer Entschuldigung für einen Völkermord noch nicht frei von der Pflicht zu einer Entschädigung.

Angriff ist die beste Verteidigung, lautet eine alte militärische Devise. In Fragen der politischen Moral und Glaubwürdigkeit kann sie allerdings nach hinten losgehen. Wenn Ankara Jerusalem seine Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten Palästinas und Gaza vorwirft, hat es zwar in der Sache Recht. Es öffnet aber sofort die eigene Flanke ihres Umgangs mit den Kurden. Täglich neue Meldungen über Angriffe gegen kurdische Stellungen und Ortschaften, immer mehr Tote und Verletzte, gleichgültig ob aus Versehen oder absichtlich. Verhaftungen von Politikerinnen und Politikern, Journalistinnen und Journalisten sowie Intellektuellen. Seit September 2001 hat die Türkei fast 13000 Menschen wegen Terrorismus verurteilt, mehr als jeder der 66 Staaten – eingeschlossen China -, die in einer Untersuchung von Associated Press im September 2011 veröffentlicht worden sind. Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, lautet ein weiteres Sprichwort. Die Ablenkung von den eigenen Fehlern gelingt damit nicht.

In einem Interview der Zeitung „Hürriyet“ sagte Orhan Dink, der Bruder des im Jahr 2007 ermordeten armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink: „Nicht andere Staaten, sondern das türkische Parlament sollte die Tragödie unserer Vorfahren diskutieren. Solange das türkische Volk die Armenier nicht mit offenen Armen empfängt, werden die Armenier ein Instrument der Politik bleiben.“ Ersetzen wir die „Armenier“ durch „Kurden“, so treffen die beiden Sätze den Kern des türkischen Problems: nur die Überprüfung der eigenen Geschichte ohne Vorurteile und der Wille zu einer grundlegenden Veränderung der Politik gegenüber den eigenen Minderheiten befreit die Türkei vom Pranger der Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen und verschafft ihr die Glaubwürdigkeit zu eigener Kritik.